

Der Landrat verwies auf die einstimmige (bei Enth. AfD) Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr in seiner Sitzung am 18.09.2018. Weiter sagte er, der Beschlussvorschlag sei in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr modifiziert worden. In diesem Zusammenhang sei beschlossen worden, dass bis zur heutigen Sitzung ein Vorschlag zur differenzierten Kostenverteilung durch die Verwaltung erarbeitet werde. Diesen habe man aufgrund der Kürze der Zeit nicht vorlegen können.

Weiter bemerkte der Landrat, man müsse sich politisch grundsätzlich darüber einigen, wie diese Mehrkosten getragen werden. Zudem müsse diese Angelegenheit sowohl intern als auch mit den Verkehrsverbänden und der Bundesstadt Bonn weiter aufgearbeitet werden, um die finanzielle Frage zu klären. Er halte dieses Thema zum jetzigen Zeitpunkt für noch nicht entscheidungsreif und schlage eine Beschlussfassung in der Sitzung des Finanzausschusses im Dezember 2018 vor.

Abg. Steiner sagte, es sei der klare Wille des Ausschusses für Planung und Verkehr gewesen, diese Angelegenheit weiter voranzutreiben unter dem Aspekt, dass die Fördermittel des Bundes zur Verfügung stehen. Zudem habe er Verständnis, dass die Verwaltung eine differenzierte Kostenverteilung in der kurzen Zeit nicht vorlegen könne.

Da es hierbei um den Fahrplanwechsel Mai 2019 gehe, könne durchaus erst im Dezember 2018 ein Beschluss gefasst werden.

Abg. Tandler sagte, an diesem Projekt hänge sowohl eine finanzpolitische als auch eine verkehrspolitische Dimension. Dieses Thema wolle man in der Oktobersitzung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg behandeln. Es verdeutliche, dass dieses Projekt kein Thema ausschließlich für die Bundesstadt Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis sei, sondern für den gesamten Verkehrsverbund. Verkehrspolitik müsse regional betrachtet werden.

Abg. Skoda teilte mit, er sei einverstanden, dass sich die Verwaltung mit dieser Angelegenheit zunächst nochmal weiter befasse. Darüber hinaus bat er, dass man den Fokus auch auf den Zeitraum nach Projektende richte, da man mit hohem Aufwand einen neuen ÖPNV-Plan umstelle.

Der Landrat sagte, in der Sitzung des Fachausschusses sei bereits beschlossen worden, dass die Verwaltung mit dem Verkehrsverbund und der Bundesstadt Bonn über die Fortführung des Projektes in Verhandlungen treten solle.

Dann schlug er dem Kreisausschuss eine Vertagung des Tagesordnungspunktes in die Sitzung des Finanzausschusses im Dezember 2018 vor.